Der Bundesrat und die reichsländische Verfassung.

Zwischen den Berliner Zentralstellen und den Bundesregierungen finden jetzt Verhandlungen darüber statt, inwieweit man den Wünschen des Reichstages über den Rahmen der elsaß-lothringischen Verfassungsvorlagen hinaus entgegenkommen könne. Die Verhandlungen gestalten sich äußerem Vernehmen nach recht schwierig, und es ist vorauszusehen, daß eine Entscheidung hierüber nicht so bald erfolgen wird. Es läßt sich daher vorläufig auch noch nicht absehen, wie sie ausfallen werden. Immerhin darf schon jetzt als sicher gelten, daß die verbündeten Regierungen die volle

Selbstverwaltung des Reichslandes

als zurzeit noch verfrüht unter keinen Umständen bewilligen, noch sich auf eine Schmälerung der kaiserlichen Gewalt in Elsaß-Lothringen einlassen werden. Hiergegen würde namentlich Preußen seinen ganzen Einfluß aufbieten, und sicherlich mit Erfolg. Dagegen scheint man an den Berliner Zentralstellen geneigt zu sein, bezüglich der

Gewährung von Bundesratsstimmen

an Elsaß-Lothringen Entgegenkommen zu beweisen. Man würde diese Stimmen entweder nur für alle rein wirtschaftlichen Fragen zugestehen, oder aber allgemein unter Ausschluß aller Angelegenheiten, die Heer, Marine und auswärtige Politik betreffen. Jedenfalls bewegen sich in dieser Richtung die gegenwärtigen Bemühungen, eine Verständigung unter den Bundesregierungen über die zu machenden Zugeständnisse herbeizuführen. Vielleicht wird man auch hinsichtlich der Zusammensetzung der Ersten Kammer und kleinerer

Einzelheiten des Wahlrechts

für die Zweite Kammer mit sich reden lassen, aber weiter dürften die verbündeten Regierungen in ihren Zugeständnissen nicht gehen. Man nimmt indessen an, daß diese Zugeständnisse ausreichen würden, um schließlich eine Reichstagsmehrheit auf die Verfassungsvorlagen zu vereinigen, daß sich die Parteien sehr bedenken würden, nach solchem Entgegenkommen der Bundesregierungen die Schuld des Scheiterns der Entwürfe auf sich zu nehmen. — Man rechnet damit, daß die umgeänderte Vorlage bereits Mitte März den Reichstag beschäftigen wird.

Politische Rundschau.

Deutschland.

*Kaiser Wilhelm wird am 5. März der Vereidigung der Marinerekruten in Wilhelmshaven beiwohnen und dort bis zum 7. März verweilen.

*Englische Zeitungen berichten, daß Kaiser Wilhelm seinen Londoner Besuch im Mai auf mehrere Tage ausdehnen und viele bekannte Persönlichkeiten empfangen werde, darunter den Premierminister Mr. Asquith, den Kriegsminister Mr. Haldane und den Schatzkanzler Mr. Lloyd George, den er bereits in Berlin kennen lernte. Der Besuch wird jedoch seinen privaten Charakter nicht verlieren, und öffentliche Ehrungen des Kaisers von Staats wegen werden auf seinen Wunsch unterbleiben.

*Für die Frage, in welcher Weise das Deutsche Reich dem verbündeten Italien seine Teilnahme an der bevorstehenden Nationalfeier bekunden sollte, ist jetzt eine Lösung gefunden worden, die man als einen glücklichen Ausweg aus mannigfachen Schwierigkeiten bezeichnen kann. Im Laufe des April wird das deutsche Kronprinzenpaar einen offiziellen Besuch in Rom abstatten, um nämlich dem König und der Königin von Italien die Glückwünsche des deutschen Kaiserpaares zur italienischen Nationalfeier darzubringen.

*Der Bundesrat hat der Vorlage betr. Prägung von drei Millionen Mark in Fünfpfennigstücken zugestimmt.

*Wie verlautet, muß das Arbeitskammergesetz als gescheitert betrachtet werden. Es ist der Reichsregierung unmöglich, die verschiedenen Parteien auf einen gangbaren Mittelweg zu einigen. Die mehrfachen Versuche nach dieser Richtung hin sind bereits als fruchtlos eingestellt worden.

*Die preußische Regierung beabsichtigt, für jede Provinz der Monarchie Beiräte zu bilden, die über die Arbeit in den Gefängnissen gehört werden sollen. Die Zusammensetzung der Beiräte ist durch Berufung von je einem Mitgliede der Handels-, Landwirtschafts- und Handwerkskammern geplant.

*Der im preußischen Herrenhause eingebrachte Antrag des Grafen Mirbach wegen amtlicher Aufklärung über das Wesen und die Wirkungen der Reichsfinanzreform ist vorläufig zurückgezogen worden.

*Die hessische Regierung hat der Zweiten Kammer eine Vorlage betr. Bekämpfung der Rebschädlinge zugehen lassen, durch die den Gemeinden und Winzern für die Bekämpfung der Rebschädlinge eine Staatsbeihilfe gewährt werden soll. Zu diesem Zweck wird ein Betrag von 24 000 Mk. gefordert.

Österreich-Ungarn.

*Infolge der in Deutschland herrschenden Lungen-, Maul- und Klauenseuche ist die Einfuhr von Rindern nach Österreich verboten worden.

Frankreich.

*Der Kriegsminister General Brun ist plötzlich infolge eines Schlaganfalles gestorben. Der Verstorbene, der seit Juli 1909 sein Amt bekleidete, hat sich besondere Verdienste um die Neuordnung des französischen Generalstabes erworben, den er nach deutschem Muster umformen wollte. Von bleibendem Wert ist in seiner Tätigkeit die Organisation der Militärflugschiffahrt, das Hauptwerk des dahingeschiedenen Kriegsministers.

*Bei der Debatte über das Marinebudget nahm der Minister des Äußeren, Pichon, Anlaß, sich gegen mehrere Anträge von Deputierten der äußersten Linken auszusprechen, die sofortige Verhandlungen mit England und Deutschland wegen Einschränkung der Rüstungen zur See verlangten. Pichon machte geltend, daß auf der Haager Friedenskonferenz dreimal jener Gegenstand zur Sprache kam und dreimal erfolglos. Der Minister schloß mit den Worten: „Der Augenblick wäre schlecht gewählt, Frankreichs Wehrmacht zu Lande und zur See zu schwächen, während andre Mächte ihre Armee und Marine verstärken. Ein solches Vorgehen wäre unvorsichtig. Ein starkes Frankreich bedeutet eine feste Friedensbürgschaft."

Amerika.

*Mit fieberhaftem Eifer arbeiten die Ver. Staaten an dem Ausbau der Wehrmacht. Nachdem kaum ein Gesetzentwurf angenommen worden ist, der einen bedeutenden Ausbau der Flotte vorsieht, hat jetzt das Repräsentantenhaus eine Vorlage angenommen, in der 5 300 000 Dollar für die Verteidigung der Küsten und Inseln vorgesehen werden. Die Befestigung des Panamakanals ist in diesem Gesetzentwurf nicht einbegriffen.

Aus dem Reichstage.

Der Reichstag begann am Donnerstag die zweite Lesung des Militäretats in Verbindung mit der Heeresvorlage (sog. Quinquennatsvorlage). Mit Ausnahme der Sozialdemokraten und Polen und einer Minderheit des Zentrums erklärten alle Parteien ihre Zustimmung. Die ablehnende Haltung der Sozialdemokratie begründete Abg. Stücklen. Für die Polen sprach Abg. Korfanty, und für eine Minderheit des Zentrums sah Abg. Heim die Deckungsfrage nicht sicher gelöst. Kriegsminister v. Heeringen erklärte, daß das deutsche Heer durch und durch gesund sei. Die Zustimmung der Parteien habe ja dargetan, daß ein schlagfertiges Heer notwendig sei. Der Ausbau des Heeres in Ruhe und Frieden sei der einzige Weg, den Deutschland gehen könne. Die Kosten für Heer und Flotte seien in Deutschland wesentlich geringer als in Frankreich. Nach weiterer kurzer Debatte wurde die Abstimmung über § 1 ausgesetzt; die übrigen Paragraphen der Vorlage und die dazu gestellten Resolutionen wurden angenommen.

Am 24. d. Mts. steht auf der Tagesordnung zunächst die Abstimmung über § 1 der Heeresvorlage, die eine namentliche ist und die Annahme mit 247 gegen 63 Stimmen bei 11 Enthaltungen ergibt.

Sodann wird der Gesetzentwurf über die weitere Zulassung von Hilfsmitgliedern im Patentamt in erster und zweiter Lesung erledigt.

Es folgt die Beratung des Militär-Etats beim Kapitel „Kriegsminister".

Dazu liegen eine Reihe von Resolutionen vor, u. a. wünscht die Budgetkommission vom Reichskanzler Erwägungen über die Änderungen der Zivilversorgung der Militäranwärter, wobei die Frage der Ansiedlung von Militäranwärtern geprüft werden soll. Die fortschrittliche Volkspartei ersucht den Reichskanzler, dafür zu wirken, daß bei der Besetzung militärischer Stellen allein nur persönliche Tüchtigkeit entscheiden, weder eine Bevorzugung des Adels noch eine Zurücksetzung aus politischen oder konfessionellen Rücksichten erfolgen soll und ferner zu erwägen, auf welche Weise denjenigen Militärpflichtigen, die eine hervorragende numerische Ausbildung besitzen, Vergünstigungen bei der Erfüllung ihrer militärischen Dienstpflicht bewilligt werden können. Eine Zentrumsresolution ersucht den Reichskanzler, darauf hinzuwirken, daß bei Anfertigung von Bekleidungsstücken für die Heeresverwaltung die selbständigen Handwerksmeister, die Handwerkergenossenschaften und Innungen besonders berücksichtigt werden. Die andern Resolutionen betreffen die Verhältnisse der Arbeiterschaft in Militärbetrieben. Eine sozialdemokratische verlangt die Verpflichtung der Lieferungsfirmen in bezug auf Tarifverträge und Arbeiterausschüsse. Eine Zentrumsresolution verlangt einen Ausbau der Arbeiterausschüsse in den Militärbetrieben im Sinne des Arbeitskammergesetzentwurfes, der Sicherung im Arbeitsverhältnis während der Amtsdauer und der Möglichkeit, in wichtigen Fällen die Wünsche der Arbeiter den höheren vorgesetzten Dienststellen vorzutragen. Eine Resolution Giesberts will eine allmähliche stetige Aufbesserung der Löhne entsprechend den Tarifverträgen am Orte, sowie eine Mitwirkung der Arbeiterausschüsse.

Abg. Erzberger (Zentr.): Wir halten eine scharfe Kontrolle durch den Reichstag für notwendig; es muß noch mehr gespart werden. Die Besichtigungsreisen müssen eingeschränkt werden, was ja auch der Kaiser wünscht. Die Ehrengerichtsbestimmungen bedürfen der Revision. Allmählich sind bürgerliche Offiziere jetzt auch in Stellen gekommen, die bisher nur für adlige reserviert waren. Hoffentlich schreitet der Chef des Militärkabinetts auf diesem Wege fort. Der Kriegsminister sollte Veranlassung nehmen, daß bei Militäranwärtern auch das Dienstalter berücksichtigt wird. Eine Erweiterung der den Anwärtern vorbehaltenen Stellen wünsche ich nicht. Der Kriegsminister sollte sich mit dem preußischen Landwirtschaftsminister über die Frage der

Ansiedlung

von Militäranwärtern ins Einvernehmen setzen. Erfreulich ist die Abnahme der Soldatenmißhandlungen, die sich um 70 Prozent vermindert haben. Die Soldaten sollten über die Gefährlichkeit der Auskunftserteilung an Fremde aufgeklärt werden.

Der französische Kriegsminister General Brun †.

Einer Monopolstellung einzelner Firmen bei Militärlieferungen muß entschieden entgegengetreten werden. Eine kaufmännische Buchführung der technischen Betriebe muß unbedingt verlangt werden.

Abg. Noske (soz.): Trotz unsrer bekannten Stellung zum Militärwesen müssen wir doch eine Reihe von Reformen fordern. Eine Erhöhung der Mannschaftslöhnung muß entschieden angestrebt werden. Das Zentrum ist schuld daran, wenn die Löhnung noch immer auf dem alten niedrigen Satze stehen. Damit kommt kein Mann aus. Das ist eine neue drückende Steuer fürs Volk. Bei den Offizieren ist man nicht so knickerig. Die Zahl der Militäranwärter schwillt unheimlich an. Nun hat ein Mitglied der Rechten in der Kommission erklärt, bei der Reichsversicherungsordnung werde sich Gelegenheit bieten, die Militäranwärter unterzubringen. Also darum die Hetze gegen die Krankenkassen! Daß man Unteroffiziere zu Bauern machen will, ist reine Utopisterei; die Leute sind froh, wenn sie vom Lande fort sind. Unter dem gegenwärtigen Kriegsminister geht es eher rückwärts als vorwärts. Die Jugend will man zum Hurra-Patriotismus erziehen. Das ist eine vergebliche Bemühung. Die Dienstzeit muß verkürzt werden.

Abg. Müller-Meiningen (fortschr. Vp.): Die kaiserliche Kabinettsorder über die Beschwerden ist erfreulich. Es ist nicht das alleinige Verdienst der Sozialdemokratie, daß die körperliche Erziehung der Jugend solche Fortschritte gemacht hat. Das Verdienst daran hat die deutsche Lehrerschaft! In unsrer Militärverwaltung herrschen

große Mißstände.

Der Wirtschaftsboykott ist ein untaugliches Mittel zur Bekämpfung der Sozialdemokratie. Den Herren möchten berechtigte Gründe zur Unzufriedenheit genommen werden. Warum hat die Militärverwaltung solche Angst vor der Kritik von Offizieren? Auch an die Pforten des Heeres klopft vernehmlich die neue Zeit. Es sind in der Armee dem Klassen von Regimentern vorhanden. Das muß ein Ende nehmen. Die Bevorzugung des Adels muß eingeschränkt werden. Das Heer ist nicht dazu da, um konfessionelle Proselytenmacherei zu treiben. Das Militärstrafverfahren muß einer Reform unterzogen werden.

Kriegsminister v. Heeringen: Ich bin mit dem Abgeordneten Müller darin einig, daß unser Volksheer auf der Grundlage des gleichen Rechts aufgebaut werden muß. Ich glaube aber, daß wir über die Einzelheiten, wie das zu erreichen ist, schwerlich eine Übereinstimmung erzielen werden. Wenn eines notwendig ist, so ist es die Festhaltung der Disziplin, des

unbedingten Gehorsams im Heere.

Denn wir mögen unser Heer ausbilden, so gut wir wollen, wir mögen es vorzüglich bewaffnen und mit guten Führern versehen, haben wir keine Disziplin in der Armee, dann wird die Armee auch niemals das leisten, was sie vor dem Feinde leisten muß. Eine nichtdisziplinierte Armee ist keinen Pfennig wert. Über das Ziel sind wir natürlich einig, aber über den Weg, auf dem es zu erreichen sein wird, werden wir uns wohl nur schwer verständigen können. Nun die angebliche Bevorzugung des Adels. Wir sind durchaus auf dem verlangten Wege. Hatten wir früher nicht viel mehr Adlige im Offizierkorps? Verschiedenheiten bestehen ja. Verschiedenheiten in der Herkunft schließen zuweilen völlig gleiches Denken aus. Aber Geldadel und Adelsdünkel werden nicht geduldet. Hauptziel ist die Wahrung der Geschlossenheit und Homogenität des Offizierkorps. Von besonderer Offizierlehre ist nicht die Rede. Aber wir wollen auch solche Elemente ausmerzen, die auch nur den Anschein erwecken, als passen sie nicht zum Offizier; daher die Ehrengerichte. Der Erlaß des Generals von Bissingen richtet sich lediglich gegen Aufstände, die ja die Freiheit der Mitbürger untergraben. Der Passus, der der Immunität der Abgeordneten zuwiderläuft, ist aus dem Urlaub längst herausgestrichen. Darüber aber sind wir wohl einig, daß die Armee auch in ernsten Zeiten das Rückgrat des Staates bilden kann.

Abg. v. Liebert (freikons.): Die von uns in der Kommission gemachten Angaben lassen erfreulicherweise keinen Zweifel darüber, daß der Nachwuchs des Offizierkorps gesichert ist. Der Gedanke, Vizefeldwebel zu Offizieren zu machen, wird wohl in der ganzen Armee abgewiesen; er würde die Geschlossenheit des Offizierkorps bedenklich stören. Empfiehlt sich aber nicht, daß die jungen Offiziere für eine bestimmte Reihe von Jahren in der Armee bleiben? Dafür freilich sollte das Militärkabinett sorgen, daß junge Offiziere nicht dauernd in einsamen Grenzgarnisonen bleiben. Den pensionierten Offizieren sollte die Pension nicht monatlich, sondern vierteljährlich ausgezahlt werden. Auf die Entwickelung des platten Landes sollte die Heeresleitung Rücksicht nehmen. Die Reiterei gehört nicht in die Steingräber der Großstädte.

Die Beratung wird vertagt.

Der Kaffee-Corner.

18] Roman von Cyrus Townsend Brady.

(Fortsetzung.)

„Warum sagen Sie mir das, Mr. Johnstone?" fragte Miß Livingstone.

„Na, wem soll ich es denn sonst sagen, als Ihnen? In wen ist er denn verliebt, als in Sie? Und was bricht ihm denn bei der Sache das Herz? Doch nicht das Geld! Und er — er wird doch nicht kommen und es Ihnen auf die Nase binden?"

„Er will also nicht zu mir kommen?"

„Nein. Schreiben wird er. Sonst nichts."

„Schreiben? Ja, er will sich doch morgen eine Antwort noch holen."

„Holt er nicht mehr. Seine Antwort, denkt er, hat er schon, und er nimmt die bittere Medizin wie ein Mann. Aber er geht doch drauf. Und das will ich nicht, und da dachte ich mir, Sie sollten doch alles wissen und . . . wissen Sie überhaupt schon etwas davon?"

„Ja," sagte sie. „Etwas."

„So hat wohl das kleine englische Kerlchen wieder geplaudert?"

„Nein. Durch ihn weiß ich nichts."

„Ich dachte, er sei's. Ich weiß, daß er ein anständiges Kerlchen ist, wenn auch ein Esel. Wer sonst also hat's Ihnen gesagt?"

„Niemand."

„Gut. Aber was wissen Sie, und woher wissen Sie's denn?"

„Ich kenne Mr. Tillotson noch nicht so lange wie Sie, Mr. Johnstone, aber doch lange genug, um mir zu denken, wie alles kam. Er hat in Erfahrung gebracht, daß auch mein Geld mit dabei war. Hoffentlich hat er nicht geglaubt, daß es mit meinem Willen geschehen ist."

„Nein. Er weiß betreffs dessen Bescheid."

„Und Sie wissen es auch?"

„Ja natürlich. Ich bin doch mit vom Geschäft. Aber sonst weiß es niemand als ich und er und der kleine Engländer noch."

„Bald wird es die ganze Welt wissen," dachte Miß Livingstone und wurde wieder ganz rot. Dann aber fragte sie: „Steckte auch von Ihnen Geld drin?"

„Ja natürlich. Wo Eddy dabei ist, bin ich auch dabei."

„Wer ist Eddy?" fragte sie ganz erstaunt.

„O Pardon, ich vergaß. Wir nennen ihn Eddy. Wissen Sie „Ed". E. D. Tillotson."

Sie lächelte wieder.

„Sie sind also überall mit dabei, wo . . . Eddy ist?"

„Jawohl. Und auch bei der Hochzeit sollte ich mitun."

„Bei welcher Hochzeit?" fragte sie ganz betreten.

„Na, bei seiner. Bei Ihrer mit ihm. Da sollte ich Brautführer sein."

„Und Mr. Tillotson hat selber den Corner gebrochen?"

„Natürlich."

„Und sein Geld alles verloren?"

„Alles, Miß. Nur die Überfahrt haben wir noch."

„Wieviel war es, was er verlor?"

„Na, nicht viel. Fünf Millionen."

Zum erstenmal hörte Miß Livingstone, daß der Mann, den Bertie einen Glücksjäger geschimpft, schon damals über solchen Reichtum verfügte. „Und Sie?" fragte sie. „Haben Sie auch viel verloren?"

„Nein. Ebensoviel."

„Herr Tillotson hat groß, hat edel gehandelt!"

„Er ist doch in Sie verliebt."

„Aber Sie — Sie waren es doch nicht —?"

„Nein. Ich hatte Sie ja noch nicht gesehen. Sonst wär' auch ich es gewesen."

Sie lächelte wieder. „Aber warum haben Sie denn Ihr Vermögen geopfert?"

„Weil, was mir gehört, auch Eddy gehört. Er ist ja so ein verfixt guter Kerl! Aber sagen Sie einmal, was werden Sie jetzt in der Sache noch tun? Jetzt, wo er kein Geld hat, kommt er gewiß nicht und wirbt noch um Sie."

„Kommt er gewiß nicht? Nun, wissen Sie was, so schicken Sie ihn zu mir."

„Ich? Er geht mir ja nicht."

„Ja, was ist da zu tun? Wollen Sie ihm einen Brief mitnehmen, wenn ich einen schreibe?"

„Ich? Nicht um die Welt. Er bläst mir ja 's Lebenslicht aus."

„Ich kann doch nicht selbst zu ihm hin!"

„Nein. Aber schicken Sie zu ihm. Schreiben Sie ihm, es hat Sie ein großes Unglück betroffen . . . Sie rechnen auf seine Hilfe . . . er muß sofort kommen . . . dann kommt er gewiß."

„Wirklich? Gut, so will ich es tun. Und wie soll ich Ihnen danken, Herr Johnstone?"

„Mir? Sehr einfach. Wenn Sie mir Eddy glücklich machen, dann bin ich zufrieden."

„Das will ich. Und Sie, Sie sollen auch wirklich bei meiner Hochzeit der Brautführer sein, wenn es eine gibt." Und sie reichte ihm die Hand, und er schüttelte sie, daß sie ihr noch lange drauf weh tat. Aber auch Händedrücke, die weh tun, tun wohl.

12.

Der erste Tag des neuen Jahres brach genug wundervoll an. Der Sturm hatte sich gelegt, und die Luft war klar, rein und kalt. Trotzdem stieg Mr. Tillotson mit einem recht schweren Herzen aus seinem Bett. Er hatte eine lange, schlaflose Nacht hinter sich, während der er Zeit genug hatte, über seine Situation nachzudenken. Und je mehr er nachgedacht hatte, desto elender hatte er sich gefühlt. Er dachte auch nicht über den Geldverlust nach, sondern über den andern, größeren. Und doch hielt ihn gerade der Gedanke an den aufrecht. Und gerade der alte Johnstone, für den keine Liebe da war, ihn aufzurichten, gerade der war heute über alle Maßen lustig; von einer Lustigkeit, die in so grellem Widerstreit zu Tillotsons Stimmung stand, daß dieser sie ihm sogar verwies. Der aber ließ sich durchaus nicht stören.

„Prosit Neujahr!" rief er. „Prosit Neujahr. Und hier ist auch etwas für dich. Ein Brief. Alle Wetter, wie der aber fein riecht. Und eine Damenhandschrift auch. Sapperment, Sapperment, von wem kann der sein?"